



URL: <http://www.welt.de/politik/article3057134/SPD-erwaegt-jetzt-die-Linkspartei-zu-vernichten.html>

Nach der Hessen-Wahl

SPD erwägt jetzt, die Linkspartei zu "vernichten"

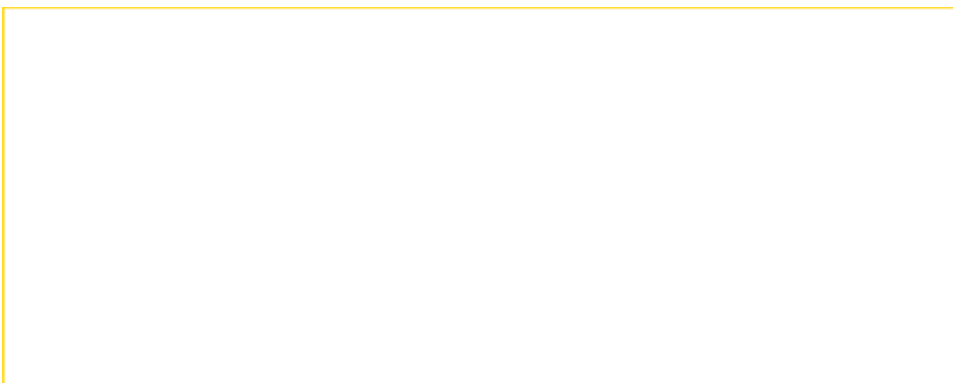
20. Januar 2009, 07:25 Uhr

Nach dem Debakel bei der Hessen-Wahl greift die SPD zu drastischen Mitteln. Der nordrhein-westfälische SPD-Bundestagsabgeordnete Reinhard Schultz verlangt von seiner Partei, die Linke mit allen Mitteln "zu bekämpfen und zu vernichten". Schultz begründet den Schritt mit Parallelen der Linken zur rechtsextremen NPD.



Foto: dpa

Macht der SPD ernsthafte Probleme: Die Linkspartei



Der nordrhein-westfälische SPD-Bundestagsabgeordnete und Finanzexperte Reinhard Schultz hat von seiner Partei verlangt, "die richtigen Lehren aus dem Hessen-Debakel zu ziehen".

Dazu gehört, so sagte Schultz der "Leipziger Volkszeitung", die Erkenntnis, "dass die SPD für die gesellschaftliche Mitte im Fall einer Zusammenarbeit mit der Linkspartei nicht mehr wählbar ist".

Entweder, die Linkspartei habe "über mehrere Jahre zuverlässig den Nachweis der Demokratie-Treue, der außenpolitischen Bündnistreue und des politischen Realismus abgelegt oder: Die SPD bekämpft die Linkspartei und vernichtet sie Schritt für Schritt."

Schultz erinnerte daran, dass die NPD eine Zeit lang in einigen westdeutschen Landtagen gesessen sei. "Die CDU ist mit dieser Herausforderung trotz aller Versuchungen sehr gut fertig geworden. Sie hat als eher rechte Volkspartei politische Integrationsaufgaben am rechten Rand. Die SPD hat dieselbe Aufgabe am linken."

Von seiner Partei erwarte er zudem inhaltliche Klarheit und Sinn für die soziale und wirtschaftliche Machbarkeit: "Ausflüge in technisch nicht machbare ökologische Phantasien oder in nicht finanzierbare sozialpolitische Betütelungsprogramme ohne Gegenleistung sind das Privileg von sektenähnlichen Lobbygruppen, aber nicht das Recht einer linken Volkspartei, die für die Menschen heute und in der Zukunft Verantwortung hat."

Hessischer SPD-Vize rät von Koalitionsaussage ab

Der stellvertretende hessische SPD-Vorsitzende Manfred Schaub rät seinen Parteifreunden in anderen Ländern und im Bund, auf Koalitionsaussagen zu verzichten.

Einen Tag nach der Hessen-Wahl, bei der die SPD historisch schlecht abschnitt, sagte er der "Frankfurter Rundschau": "Keine Koalitionsaussage. Das ist der wichtigste Rat. Der zweite Rat ist: Klarer auf das eigene Profil und die eigenen Themen setzen."

Die SPD hatte nach der Landtagswahl vor einem Jahr vergeblich versucht, eine von der Linken tolerierte rot-grüne Landesregierung in Hessen zu bilden. Der Landtag musste deshalb vorzeitig neu gewählt werden.

Angesichts der absehbaren schwarz-gelben Regierung in Hessen rief der Grünen-Spitzenkandidat Jürgen Trittin die SPD zu einem verstärkten Kampf gegen die Union vor der Bundestagswahl auf.

"Wir lassen es der SPD nicht durchgehen, dass sie rot-grün blinken, um dann schwarz-rot als Leichtmatrosen bei Frau Merkel anzuheuern", sagte der Fraktionsvize mit Blick auf eine mögliche Neuaufgabe der großen Koalition im Bund.

"Nur starke Grüne verhindern Schwarz-Gelb und verlegen Steinmeier den Weg, sich in die große Koalition zu schleichen." Trittin forderte: "Die SPD muss Stärke gewinnen, ohne bei den Grünen zu wildern. Sie sollte ihre Energien auf den Wahlkampf gegen die CDU konzentrieren."

CDU und FDP nehmen Koalitionsverhandlungen auf

Nach ihrem Wahlsieg in Hessen nehmen CDU und FDP am heutigen Dienstag Koalitionsverhandlungen auf. Eine Gruppe der Christdemokraten unter Leitung von Ministerpräsident Roland Koch will dazu am Nachmittag im Wiesbadener Landtag mit Vertretern der Liberalen zusammenkommen.

1

Hessen-Wahlsplitter

CDU und FDP verfügen zusammen über die absolute der Wählerstimmen. Die Christdemokraten kamen auf 37,2 Prozent, die Liberalen auf 16,2 Prozent. Die SPD stürzte auf 23,7 Prozent ab, die Grünen erreichten auf 13,7 Prozent, die Linke schaffte mit 5,4 Prozent den Einzug in den Landtag.

Derweil künftige der SPD-Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel nach dem Wahldebakel seiner Partei eine personelle Neuaufstellung an. Am Montagabend wurde er zum Spitzenkandidaten für den künftigen Parteivorsitz nominiert. Für Ende Februar ist der nächste reguläre Parteitag der Hessen-SPD geplant, auf dem Schäfer-Gümbel zum neuen Vorsitzenden gewählt werden soll.

dpa/AP/fsl
